



Protokoll

25. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 3. September 2012, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Ersatzwahlen für die restliche Amtsdauer 2010/2014
Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel als Stimmenzählerin
Ersatzwahl für die ausgetretene Petra Bättig in die Kommission KBK
Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die Kommission KBK
Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die Kommission RPK
Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel in die Kommission KPB
- 4 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates betreffend Abstimmungsempfehlung für die Abstimmungsweisung zur Volksinitiative «Für eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang»
(Antrag Nr. 140/2012)
- 5 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat Nr. 520 von Peter Grob betreffend «Erneuerbare Energien»
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Neugestaltung Stadtpark, Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 130/2012)
- 7 Interpellation Nr. 544 des Ratsmitgliedes Ivo Koller betreffend «Diskussion über die Nutzung der Villa am Aabach»
- 8 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster
Ersatzwahl eines Delegierten für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
(Antrag Nr. 134/2012)

- 9 Motion Nr. 545 der Ratsmitglieder Simone Michel und Ursula Räuftlin betreffend
«Konkrete Schritte und Massnahmen zum Artikel 1 der Gemeindeordnung der Stadt Uster,
Nachhaltigkeitsartikel»
- 10 Postulat Nr. 546 der Ratsmitglieder Ursula Räuftlin und Wolfgang Harder betreffend
«Kinderfreundliche Gemeinde»
- 11 Antrag des Stadtrates betreffend Kredit Beschaffung Hubsteiger Feuerwehr
(Antrag Nr. 135/2012)
- 12 Postulat Nr. 547 der Ratsmitglieder Balthasar Thalman, Jean-François Rossier, Cla Famos,
Ursula Räuftlin und Markus Bürki betreffend «Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung»
- 13 Postulat Nr. 550 der Ratsmitglieder Jürg Gösken und Simone Michel betreffend
«Planungsperimeter Uster Zentrum»
- 14 Postulat Nr. 548 des Ratsmitgliedes Marianne Siegrist betreffend
«Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe Uster»

Präsenz

Vorsitz	Walter Strucken, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	33 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Raoul Stöckle Thomas Kürsteiner Claudia Wyssen
Presse	Christian Brüttsch, AvU Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst den Stadtrat, Gemeinderat, die Presse und die Zuschauer auf der Tribüne.

Änderung Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird eine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Damit weniger von einem Sachgebiet zum anderen herumgesprungen werden muss, soll das Traktandum 9, Motion 545, neu nach dem Traktandum 5, Postulat 520, behandelt werden. Dies wurde von den Grünen so beantragt und den Fraktionspräsidien so beliebt gemacht. Dagegen gab es im Vorfeld der Sitzung keine Einwände.

Rat ist somit einverstanden.

Fraktionserklärung:

Thomas Wüthrich

Fraktionserklärung der Grünen - Führungsschwäche

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Führungsschwäche – so ist der Artikel der NZZ zu den Vorgängen in der Primarschule Talacker-Dorf übertitelt. Und einmal mehr wird der Präsidentin der Primarschulpflege dieses Attribut zugeschrieben.

Das weckt bei den Grünen ungute Erinnerungen und Parallelen zu Vergangenem werden sichtbar.

Nicht wirklich hinschauen wollen. Nicht richtig wahrnehmen und einschätzen können. Aussitzen. Kopf runter und durch. Fehler in der Kommunikation. Notbremse.

Diese Assoziationen gingen mir durch den Kopf, als ich die Zeitungsmeldungen zur Schulkrise in der Primarschule Talacker-Dorf las. Und mich dabei an die gravierenden Unzulänglichkeiten in der causa Krämeracker erinnerte.

Was eine lange Vorgeschichte hatte – von der auch die Stadträtin wusste – endet wieder im Eclat. Sofortige Freistellung der Schulleiterin, Einsetzen eines Interims-Schulleiters. Angesichts der schon lange und von verschiedener Seite geäusserten Kritik der richtige Schritt – aber zu spät! Aufsichtsbeschwerden beschäftigen übergeordnete Behörden – und – so sicher wie das Amen in der Kirche wird ein juristisches Nachspiel folgen.

Der Imageschaden für die Primarschulpflege, ja für die Stadt ist immens. Der Stadtrat, um positive News über Uster bemüht, muss eine ausführliche und wiederholt negative Berichterstattung zur Kenntnis nehmen. Welche Lehrperson will nach solchen Schlagzeilen noch nach Uster kommen, um zu unterrichten? Welche in Uster angestellte Lehrperson steht unter solchen Vorzeichen noch 100%ig zu unserer Stadt? Dieses negative Standortmarketing kommt uns teuer zu stehen.

Das Schulpräsidium ist zweifellos ein schwieriges Amt. Es erfordert ganzen Einsatz und Konzentration. Uns Grünen scheint aber, die Stadträtin könne nicht immer die für die Führung der Primarschule notwendige Zeit aufbringen. Die Stadträtin muss sich deshalb fragen lassen, ob sie nicht zu viele Hüte anhat, die sie in ihrer Fokussierung auf ihr Kerngeschäft zu stark ablenken und sie in der Summe überfordern.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, gemäss ZO wünschen Sie sich das Parlament manchmal ins Pfefferland – glauben Sie uns, wir Grünen wünschen uns manchmal dasselbe in Bezug auf den Stadtrat!

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert über die beiden – per Ende August - ausgeschiedenen Ratsmitglieder Simone Michel, die in der Kommission Planung und Bau tätig war, und Markus Bürki, der in der Kommission Bildung und Kultur bzw. Rechnungsprüfungskommission gearbeitet hat. Sie werden anlässlich der Sitzung vom 24. September noch einen Abschiedsapéro ausrichten.

Ausserdem begrüsst der Vorsitzende in diesem Zusammenhang die beiden Nachfolger, nämlich Gusti Hofmann und Patricio Frei.

Weiter begrüsst er Matthias Bickel, der wieder im Gemeinderat ist, nachdem Petra Bättig ausgetreten ist.

Der Termin betreffend Informationsblock über die Finanzplanung der Stadt Uster findet definitiv vor der Sitzung vom 12. November 2012 statt.

Der Vorsitzende orientiert zum Schluss noch über die Neugestaltung der Aktenauflage.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 24. Sitzung des Gemeinderates vom 25. Juni 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Ersatzwahlen für die restliche Amtsdauer 2010/2014

Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel als Stimmenzählerin

Ersatzwahl für die ausgetretene Petra Bättig in die Kommission KBK

Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die Kommission KBK

Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die Kommission RPK

Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel in die Kommission KPB

Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel als Stimmenzählerin

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Stimmenzähler Thomas Wüthrich (Grüne) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

Zum Stimmenzähler wird Thomas Wüthrich (Grüne) gewählt.

Ersatzwahl für die ausgetretene Petra Bättig in die Kommission KBK

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KBK Matthias Bickel (FDP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

Zum Mitglied der KBK wird Matthias Bickel (FDP) gewählt.

Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die Kommission KBK

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KBK Gusti Hofmann (Grüne) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

Zum Mitglied der KBK wird Gusti Hofmann (Grüne) gewählt.

Ersatzwahl für den ausgetretenen Markus Bürki in die RPK

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der RPK Gusti Hofmann (Grüne) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

Zum Mitglied der RPK wird Gusti Hofmann (Grüne) gewählt.

Ersatzwahl für die ausgetretene Simone Michel in die Kommission KPB

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KPB Patricio Frei (Grüne) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

Zum Mitglied der KPB wird Patricio Frei (Grüne) gewählt.

**4 Antrag der Geschäftsleitung des Gemeinderates betreffend
Abstimmungsempfehlung für die Abstimmungsweisung zur Volksinitiative «Für
eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang»
(Antrag Nr. 140/2012)**

Für die Geschäftsleitung referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrter Präsident

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die Volksinitiative „Für eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang“ beschäftigt den Gemeinderat nun zum wiederholten Mal. Letztmals hat sich der Gemeinderat am 4. Juni 2012 mit der Initiative auseinandergesetzt. Damals hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen Nachtragskredit nicht bewilligt, mit dem das Projekt fertig projektiert hätte werden können.

Mit dieser Entscheidung hat sich der Gemeinderat nur zur Umsetzungsvorlage der Initiative geäussert. Der Gemeinderat hat es jedoch damals verpasst, eine Abstimmungsempfehlung zu beschliessen.

Denn: Mit der Ablehnung der Umsetzungsvorlage erfolgt nun eine Volksabstimmung über die Initiative in Form einer allgemeinen Anregung. Gemäss GPR (§ 136, Abs. 1) hat der Gemeinderat dann, wenn er eine Umsetzungsvorlage ablehnt, eine Abstimmungsempfehlung zu beschliessen.

Das Fehlen dieser Abstimmungsempfehlung wurde nun erst entdeckt, als sich der Stadtrat resp. die Verwaltung daran machte, eine Abstimmungsweisung zu verfassen.

Während den Sommerferien musste der Gemeinderatspräsident einen Antrag schreiben (besten Dank für die Unterstützung durch Jörg Schweiter) und eine GL-Sitzung im August einberufen, damit der Gemeinderat am 3. September den fehlenden Beschluss fassen kann. Da der Redaktionsschluss der Abstimmungsweisung vor der nächsten GR-Sitzung vom 24. 9. 2012 liegt, muss der Gemeinderat zwingend heute abstimmen, damit der Abstimmungstermin vom 25. November einhalten werden kann.

Noch ein Wort zum weiteren Vorgehen:

- Falls die Volksinitiative vor dem Volk auf Zustimmung stösst, wird der Stadtrat den abgelehnten Projektierungskredit nochmals dem Gemeinderat vorlegen, mit dem Ziel, eine Vorlage für einen Baukredit für die Unterführung Winterthurerstrasse auszuarbeiten. Dieser Baukredit wird dann dem Gemeinderat beantragt und – weil er mit Sicherheit höher als 2.5 Mio. sein wird (es geht ja um ca. 25 Mio.) – dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Falls dann das Volk nochmals JA sagen sollte, wird die Unterführung wohl nur gebaut werden können, wenn der Eigentümer der Winterthurerstrasse – im Moment ist das der Kanton Zürich – auch die Bewilligung dazu erteilt.*

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats empfiehlt dem Gemeinderat (mit 3 : 2 Stimmen) folgenden Beschluss zu fassen:

Die Volksinitiative „Für eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang“ wird nicht unterstützt.

Walter Meier, Gemeinderat

Jürg Gösken

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Bald ist es also endlich soweit, dass die Ustermer Bevölkerung über die dritte Volksinitiative für eine Unterführung Winterthurerstrasse abstimmen darf.

Im Nachgang zur Volksabstimmung auf Ende November 2012 haben bekanntlich ich und drei weitere Stimmbürger Rekurs beim Bezirksrat eingelegt, um eine Vorverlegung zu prüfen und das Verfahren insgesamt zu beleuchten.

Als konkrete Folge davon erachte ich es, dass wir heute dank einer beschleunigten Vorbereitung seitens Ratspräsident und Geschäftsleitung eine definitive Abstimmungsempfehlung abgeben können und damit wenigstens den Novembertermin ermöglichen.

Als generelle Folge des Bezirksratsbeschlusses möchte ich aber auch dazu auffordern, dass die Behandlung von Volksinitiativen künftig wieder innerhalb der gesetzlichen Fristen zu erledigen sind. Dabei stehen meines Erachtens sowohl Stadtrat, als auch Gemeinderat, aber auch Initiativkomitee in der Pflicht, rechtzeitig auf begründete oder unbegründete Verzögerungen zu reagieren.

Dass es im vorliegenden Fall 53 statt maximal 24 Monate bis zur Volksabstimmung dauern wird, darf sich nicht wiederholen und könnte gar zu einigen Proteststimmen führen.

Die glp-EVP-CVP-Fraktion lehnt die Initiative ab und stimmt entsprechend dem vorliegenden Antrag zu.

Formal fordert die Initiative eine Unterführung Winterthurerstrasse ungeachtet anderer Projekte, insbesondere einer Strasse Uster West. Im schlechtesten Fall würden somit gar eine Unterführung für 25-30 Mio Franken hauptsächlich zu Kosten Usters realisiert und im gleichen Umfang eine Strasse Uster West hauptsächlich zu Kosten des Kantons gebaut.

Unsere Fraktion beurteilt jedoch beide Projekte als ungeeignet und unzumutbar für Uster und fordert Alternativen dazu zu entwickeln.

Ungeeignet sind beide Projekte, da sie deutlich mehr Verkehr durch Uster bringen und sich diesbezüglich in der Linienführung der betroffenen Wohnquartiere unterscheiden. Bei der Unterführung kommen als zusätzliche Nachteile hinzu, dass vorwiegend Usters Steuergelder verschwendet würden und die Linienführung das angestrebte lebhafte neue Stadtzentrum durchschneiden würde.

Unzumutbar sind beide Projekte, da sie gemäss kantonalen Verkehrsprognosen den Durchgangsverkehr ab Riedikon bis zum Autobahnanschluss Uster West massiv erhöhen und Frequenzen, wie heute schon durch Unterwetzikon erreichen. Nota bene eine Situation, für welche seit Jahrzehnten vergeblich eine Oberlandautobahn gefordert wurde und wird.

In Uster können wir leider nur über die Unterführung Winterthurerstrasse abstimmen und auch dies nur begrenzt, da immer vorauszusetzen ist, dass der Kanton auch tatsächlich auf seiner Winterthurerstrasse bauen lässt.

Entsprechend können die Ustermerinnen und Ustermer im November auch nicht für oder gegen Uster West stimmen, in dem sie gegen oder für eine Unterführung Winterthurerstrasse abstimmen.

Abzustimmen ist einzig über eine Unterführung Winterthurerstrasse, welche nicht unter 25 Mio Franken zu haben ist, ein Verkehrschaos in Riedikon schafft, deutlich mehr Durchgangsverkehr für Niederuster, Sonnenberg- und Wilstrasse bringt, um dann wieder konzentriert zum Verkehrschaos auf der Winterthurerstrasse zusammenzufindet.

Sowas kann und muss sich Uster ersparen. Eine verträgliche Verkehrssituation für Uster erfordert Alternativen, welche Durchgangsverkehr vermeiden helfen und zugleich das Zentrum besser erschliessen. Eine Unterführung Winterthurerstrasse als Kantonsstrasse gehört hingegen zu den denkbar schlechtesten Möglichkeiten für Uster, bzw. zu den besten Lösungen um aus kleinen Verkehrsproblemen richtig grosse zu machen.

Die glp-EVP-CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Geschäftsleitung auf Nicht-Unterstützung der Volksinitiative. – Ich danke.

Für die glp-EVP-CVP-Fraktion

Jürg Gösken

Hans Keel

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Wenn Uster ein Label verdient hat ist es das Label „die geteilte Stadt“. Bei uns ist es keine Mauer oder Fluss sondern die Bahnlinie, die mit den Barrieren die Stadt trennt. Dieser Umstand gibt seit Jahren zu reden und zu schreiben und er hat auch die Bevölkerung in zwei Lager gespalten.

Die Fakten sind, dass wir in Uster nur über eine Unterführung verfügen, die bewusst in der Durchfahrthöhe eingeschränkt ist. Der öffentliche Verkehr wird weiter verdichtet und zunehmen, die Stadt und die Agglomeration werden weiter wachsen.

Die Konsequenz ist, dass der so ungeliebte Strassenverkehr zunehmen wird. Man kann die Strassen sperren oder den Verkehr mit Barrieren behindern. All diese Massnahmen und Einschränkungen haben aber nur kurzfristig Erfolg.

Beim Verkehr gilt das gleiche Prinzip wie beim Wasser. Man kann das Dorfbächlein stauen oder in eine Röhre verlegen. Wehe aber, wenn das Bächlein mehr Wasser führt oder zum reissenden Strom wird. Dann bekommen auch die nasse Füsse oder überflutete Keller, die das Bächlein zähmen wollten.

Uster hat viel Verkehr auf den Strassen, dazu gehören auch die Busse des öffentlichen Verkehrs. Es braucht deshalb Massnahmen den Innerstädtischen- und den Durchgangsverkehr zu regeln. Über- und Unterführungen zur Querung der Bahnlinie sind notwendig, sie dienen auch der Sicherheit der beiden Verkehrsträger.

Beim heutigen Verkehrsaufkommen genügen eine Überführung „Uster West“ und eine Unterführung Dammstrasse in keinem Fall. Ob es uns passt oder nicht wird es nötig sein in der Stadt Uster die Unterführung Winterthurerstrasse und noch weitere Unter- oder Überführungen z.B. im Gebiet Oberuster zu bauen.

Den vor der Barriere wartenden Autofahrer interessiert es nicht, ob die Gemeinde oder der Kanton für die Strasse zuständig ist und wer diese finanziert. Er will einfach keine Barriere und Tag für Tag vor geschlossenen Schranken warten. Wir hoffen, dass Uster West bald gebaut wird. Wir sind auch der Meinung, dass eine vernünftige Version einer Unterführung Winterthurerstrasse durchführbar und notwendig ist.

Die SVP/EDU Fraktion hat den Nachtragskredit Winterthurerstrasse abgelehnt, weil die Forderungen des Kantons zum Teil überrissen sind und nur dazu dienen den Bau der Unterführung zu verteuern. Wir benötigen eine einfache Strassenunterführung die auch den Radfahrern und Fussgängern die notwendige Sicherheit bringt.

Die SVP/EDU Fraktion unterstützt deshalb die Initiative und hofft, dass Sie unserer Argumentation folgen. Wir lehnen den Antrag Nr. 140 ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende*

Die Argumente der Fraktionen für oder gegen die Unterführung Winterthurerstrasse wurden ja teilweise schon vor kurzem bei der Nachtragskredit-Debatte ins Feld geführt. Auch unsere Fraktion tat dies. Die Sachlage gestaltet sich denn für unsere Fraktion eigentlich auch einfach.

Diese Initiative kostete den Steuerzahler bereits 470'000 Franken an Planungsgeldern. Geld, welches eigentlich nicht hätte ausgegeben werden dürfen, wohl aber leider notwendig war, um die eigentlichen Kosten aufzuzeigen. Die StimmbürgerInnen hätten ansonsten wohl die Katze im Sack gekauft und sie hätten sie womöglich wirklich gekauft, einfach für 25 Franken anstatt für die angepriesenen 11 Franken.

Nun noch weitere 25 Mio. Franken für ein untaugliches Verkehrsprojekt auszugeben, für etwas, was wenn schon der Kanton zahlen müsste, ist völliger Blödsinn. Diese Millionen stecken wir besser in die wirklich wichtigen und in der Pipeline stehenden Projekte, von denen es ja bekanntlich genug gibt.

Wir alle haben grosse Pläne mit dem Zeughaus. Es soll Teil unseres neuen und attraktiven Zentrums werden. Begehen wir nun bitte nicht schon den ersten grossen Fehler und leiten noch mehr Verkehr auf die Berchtoldstrasse zwischen Zentrum und Zeughaus hindurch. Das wäre ein Fiasko!

Es wissen alle: Die Unterführung Winterthurerstrasse ist fest mit dem Projekt Strasse Uster West verknüpft. Die Nachrichten aus dem Kantonsrat stimmen positiv, dass Uster West dereinst doch noch realisiert werden kann. Es wäre nun wichtig, vereint für eine baldige Realisierung von Uster West einzustehen. Ziel muss es doch sein, dass möglichst wenig Durchgangsverkehr unser Zentrum tangiert.

Was nun aber svp und glp machen, stösst auf Unverständnis. Die SVP macht eine Kehrtwende zur Nachtragskredit-Debatte und wirft sich plötzlich auf die Seite der Unterführungs-Initianten und riskiert so ein Scheitern von Uster West. Und die GLP verteufelt in ihrem kürzlich versandten Flyer Uster West auf Gedeih und Verderben. Statt Lösungen zu präsentieren schreiben sie, "Die Unterführung Dammstrasse sei nicht ausgelastet und könnte noch weiter optimiert werden". Diese Optimierung würde ich gerne sehen...

Einigkeit und Kompromisse wären eigentlich gefragt, doch davon sind wir leider weit entfernt.

Zurück zur Initiative: Da die Initiative sowohl finanzpolitisch als auch verkehrstechnisch unsinnig ist, empfiehlt unsere Fraktion die Initiative zur Ablehnung.

*Besten Dank.
Ivo Koller*

Werner Kessler

*Werte Kolleginnen und Kollegen
Werte Damen und Herren*

Ob jetzt dann wirklich aller guten Dinge 3 sind, wird sich nach dem 25. November weisen. Seit über 20 Jahren kämpfen wir nun mit einem kleinen Komitee für eine Unterführung Winterthurerstrasse und sind beide Male knapp an der Urne gescheitert. Doch diesmal hat sich auch durch die Annahme der Kulturlandinitiative eine neue Konstellation ergeben, die weiteren Widerstand für Uster West zur Folge haben wird. Dies hat scheinbar auch in der Kommission für Planung und Bau des Kantonsrates zu Diskussionen geführt.

Jetzt ist es Zeit, sich auf die einfachere Variante auf bestehender Infrastruktur der Winterthurerstrasse zu konzentrieren, denn mit dieser Unterführung wird auch endlich ein Barrierenübergang aufgelöst, was zu einem fließenden Verkehr führt. Dass dieser wie bisher teils ins Zentrum fließt, ist nicht von der Hand zu weisen, doch das grösste Verkehrshindernis ist und bleibt der Fussgängerstreifen über die Zürichstrasse beim Illuster, dies könnte in den Stosszeiten mit einem Verkehrsdienst oder einer Fussgängerunterführung behoben werden.

Die Behauptung, nur die Unterführung brächte den ganzen Verkehr in die Stadt, stimmt nicht. Mit Uster West wäre es das gleiche Problem oder gehört Niederuster, dass dann zu den Leidtragenden gehört, nicht mehr zur Stadt? Wir Niederustermer müssen heute schon mit über 100 Lastwagen und Sattelschleppern leben, die sich teils mühsam über den Doppelkreisel quälen, in den Stosszeiten mit Blechschlangen bis nach Riedikon oder von Greifensee bis fast zur Kläranlage.

Nachdem unser Stadtpräsident mehrmals gepredigt hat, Uster West würde im 09, dann 010, dann 011 oder 012 umgesetzt, haben viele Ustermer nun wirklich die Nase voll und sind auf die Variante Unterführung umgeschwenkt. Dieselben sagen mir heute, wir hätten euch besser im 2005 unterstützt, dann wäre die Unterführung wohl heute Tatsache. Nun ja, die Pläne sind ausgearbeitet und die Arbeiten können in Angriff genommen werden. Es liegt nun am Stimmbürger, am 25. November ein überzeugtes Ja in die Urne zu legen.

Das gebetsmühlenartig vorgebrachte Argument, der Kanton würde nichts an die Unterführung zahlen, ist nicht stichhaltig, da die Winterthurerstrasse immer noch eine Kantonsstrasse ist. Mit einem runden Tisch und gutem Willen seitens des Stadtrates nach der gewonnenen Abstimmung liesse sich auch mit dem Kanton ein Konsens finden über die Finanzierung. Ich lehne den Antrag ab und plädiere für die Unterstützung der Initiative.

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Das Volk muss das letzte Wort haben. Das finden die Grünen. Dafür stehen bekanntermassen ja auch andere Parteien ein.

Die Grünen haben sich immer dafür eingesetzt, dass wir im Zusammenhang mit der Winterthurerstrasse klare Entscheidungsgrundlagen erhalten. So haben wir vor den Sommerferien auch für den Zusatzkredit betreffend Projektierung gestimmt. Leider ist uns die Mehrheit des Rates nicht gefolgt.

Nun muss das Volk die Sache halt selber in die Hand nehmen. Es hat eine Volksinitiative mit seinen Unterschriften ermöglicht, nun müssen die Stimmberechtigten auch sagen, wie es weiter gehen soll.

Mit einem Ja des Volkes zur Initiative wird der Kanton mehr zur Verantwortung gezogen. Die Planung um die Neugestaltung einer Kantonsstrasse liegt jetzt beim Kanton. Er wird die Federführung bei der Ausarbeitung des Projektes übernehmen und muss die fehlenden Abklärungen und Zahlen nachliefern.

Liegen diese vor, haben die Ustermer Stimmberechtigten die notwendigen Entscheidungsgrundlagen, um über das Projekt abstimmen zu können – sei es dann ein Ja oder Nein zur Unterführung.

Deshalb stimmen die Grünen gegen den Antrag der Geschäftsleitung und unterstützen die Volksinitiative!

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Jürg Gösken ergreift nochmals das Wort. Er führt aus, dass sie das „Ei des Kolumbus“ noch nicht gefunden hätten, aber er erinnert an diverse gute Ideen in Vorstössen wie denjenigen von Marianne Siegrist zur Verflüssigung des Verkehrs in der Dammstrasse. Ausserdem ist ein Vorstoss von ihm selber noch pendent betreffend Verkehrskonzept, es ist also einiges machbar. Hier stehen zwei Projekte zur Auswahl und beide haben verheerende Verkehrstechnische Auswirkungen. Dies ist keine Grundlage.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

- 1. Die Volksinitiative „Für eine Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Barrieren-Übergang“ wird nicht unterstützt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat**

5 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat Nr. 520 von Peter Grob betreffend Erneuerbare Energien

Im Ausstand befindet sich Bruno Modolo als CEO Energie Uster AG.

Es referiert **Balthasar Thalmann**.

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Dem Stadtrat besten Dank für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Der Bericht enthält zahlreiche, teilweise sehr detaillierte Informationen. Die Essenz und die Meinung des Stadtrates geht daraus aber nicht hervor, da mehr oder weniger einfach die Mitberichte zusammengestellt wurde. Eine Gesamtwürdigung bzw. „die politische Essenz“ fehlt.

Dennoch lassen sich aus dem Bericht Folgerungen ziehen:

- *Das Potenzial, Sonnenenergie auf städtischen Gebäuden zu produzieren wäre gross und ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ja, auf den städtischen Gebäuden könnte Strom für schätzungsweise 500 Haushalte produziert werden. Das ist viel. Wir erwarten daher, dass bei jedem Neubau und bei jedem Sanierungsprojekt die Realisierung von Sonnenkollektoren oder Photovoltaikanlagen integraler Bestandteil der Projektierung wird und nur in Ausnahmefällen darauf verzichtet werden kann.*
- *Der Bericht zeigt auch auf, dass bezüglich Förderung von Sonnenenergie noch viel zu tun ist und dass bei grossen Gebäuden auch tatsächlich was zu machen ist. Spätestens mit dieser Postulatsantwort sollte allen hier im Saal klar geworden sein, dass in erster Linie geschaut werden muss, dass auf grossen Dächern Sonnenenergieanlagen installiert werden. Und hiervon gibt es genug; denken wir neben den städtischen Gebäuden an Gewerbebauten wie Autodiscount, Lenzlinger, Mettler oder ähnliche. Solange bei diesen Gebäuden das Potenzial für die Sonnenenergieproduktion nicht ausgeschöpft ist, kann auf der unsäglich Leier, Denkmal- oder Ortsbildschutz würden eine zukunftsgerichtete Energieversorgung verhindern, verzichtet werden.*
- *Wir sind mit der Postulatsantwort soweit einverstanden und verzichten auf einen Antrag für einen Ergänzungsbericht. Aber auch bei diesem Thema gilt: Wir bleiben dran.*

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Cla Famos

Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/JFU-Fraktion wird dem Bericht des Stadtrates zustimmen und das Postulat erledigen.

Der Bericht zeigt mit der nötigen Klarheit auf, wo die Stadt Uster heute steht und wo sinnvoll erneuerbare Energien gefördert werden können. Es macht unseres Erachtens absolut Sinn, jetzt nicht einfach auf Teufel komm raus irgendwo Solaranlagen aufzustellen, sondern gezielt vorzugehen: Alternative Energieanlagen erstens nach einer klaren Analyse der Vor- und Nachteile der verschiedenen Energiearten und zweitens gezielt bei Sanierungs- oder bei Neubauprojekten einzusetzen.

Übrigens zeigen die Ausführungen der zugezogenen Firma sehr schön, dass auch die alternativen Energien zum Teil in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen und vor allem, dass sie alle neben Stärken auch Schwächen und klare Grenzen haben.

Der Stadtrat zeigt mit diesem Bericht, dass er bewusst und kompetent mit der Frage der erneuerbaren Energien umgeht. Es ist klar, wohin die Reise geht. Und nun kann man nach diesen Leitlinien schrittweise vorgehen. Das Tempo ist dabei angemessen.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Jürg Göskén

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Die Antwort aufs Postulat 520 vom bereits ausgeschiedenen Ratsmitglied Peter Grob fällt einerseits ausführlich, aber teilweise auch zu kurz aus.

Der Stadtrat ist ausführlich auf die ausdrücklich gestellten vier Fragen eingegangen. Der letzte Satz wurde aber offenbar übergangen:

„Aus der gemachten Istzustands-Analyse soll je eine Liste für kurzfristige, mittelfristige und längerfristige Projekte erstellt werden.“

Immerhin wissen wir nun aus der Beantwortung durch den Stadtrat, wie schlecht der Anteil an Photovoltaik und Sonnenkollektoren am bisherigen Gebäudebestand ist, bzw. welches leicht identifizierbare Potential noch über den Dächern von Uster schlummert.

Von der ausführlichen und gelungenen Istanalyse erhoffen wir uns nun, dass geeignete Objekte demnächst auch in der Finanzplanung Eingang finden und setzen auf eine zeitnahe Realisation.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich zudem auf das Projekt Hallenbad legen. Persönlich stehe ich dem Projekt etwas skeptisch gegenüber, was die Finanzierbarkeit anbetrifft, bzw. ob Uster hier nicht auf eigene Kosten eine wesentlich grössere Anlage baut, als es unserem Eigenbedarf entspricht. Nichtsdestotrotz, sollte man, wenn man schon baut, auch wirklich gut bauen.

Im Zusammenhang dieses Postulats dürfte sich ein Hallenbad geradezu ideal für alle enthaltenen Anliegen eignen. Sowohl Wärmekraftkopplungsmaschinen, als auch Sonnenkollektoren zwecks ganzjähriger Warmwasserproduktion könnten womöglich hocheffizient kombiniert werden. Fürs grosse Flachdach des Siegerprojekts sei ein Solardach vorgesehen und soll also auch projektiert und gebaut werden.

Unter dem Strich könnte bei einer integralen Planung zugunsten eines möglichst hohen Anteils an erneuerbarer und vor Ort produzierter, bzw. eingesparter Energie nicht nur ein architektonisch gelungener Wellness-Tempel geschaffen werden, sondern auch ein Juwel in puncto Nachhaltigkeit. Das Investitionsvolumen dürfte dadurch allerdings noch weiter in die Höhe schiessen, jedoch zahlt sich dies in deutlich tieferen Betriebskosten wieder aus.

Das Hallenbad-Projekt als solches steht natürlich ein andermal auf dem Programm. – Ich danke.

Für die glp-EVP-CVP-Fraktion

Jürg Göskén

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Und sie bewegt sich doch! Was Galileo Galilei vor rund vierhundert Jahren gesagt haben soll, bin ich heute versucht in Bezug auf die Stadt Uster in diesen Saal zu rufen.

Vor etwas mehr als 6 Jahren haben die Grünen vergeblich die Installation einer Fotovoltaikanlage beim Pflege- bzw. Spitexzentrum Im Grund gefordert. Heute haben wir eine Liste von städtischen Liegenschaften vor uns, bei denen der Bau von Solaranlagen sinnvoll scheint.

„Bei zukünftigen und in Planung stehenden, grösseren Projekten werde auf den Teilaspekt der erneuerbaren Energie grosser Wert gelegt“, schreibt der Stadtrat in seiner Postulatsantwort.

Dieses Bekenntnis wird leider nur teilweise eingelöst. Im Zusammenhang mit dem Standortmarketing wird uns immer wieder erzählt, dass Uster sich in der Spitzengruppe bewege. Geht es hingegen um Energiefragen, werden die Grünen den Verdacht einfach nicht los, dass Uster immer hinterherhinkt.

Das beginnt schon damit, dass der Stadtrat bei der Erwähnung der gesetzlichen Grundlagen einfach vergisst, dass er seit bald einem Jahr vom Volk den Auftrag erhalten hat, dass die Stadt Uster als Ganzes bis ins Jahr 2050 den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss kontinuierlich senken muss!

Ebenso wenig Spitze ist der Umstand, dass die aktuelle städtische Energieplanung bereits 13 Jahre alt ist. Und es zu befürchten, dass die in Arbeit befindliche Neuauflage im Zeitpunkt des Erscheinens auch schon wieder veraltet ist. Denn es wird noch immer von Minergie und Minergie Eco-Standard die Rede, wo nun doch schon seit einiger Zeit Plusenergiebauten erstellt werden. Bauten die mehr Energie liefern, als ihnen zugeführt wird. In dieser Spitzengruppe wollen die Grünen Ustermer Neubauten sehen.

Und im neuen Energieplan wollen wir Grünen auch lesen, dass Uster bereit ist, auch mal ein bisschen mehr aufzuwenden, um im Energiebereich als innovativ und fortschrittlich zu gelten. Sätze wie „energie- und umweltgerechte Bewirtschaftung der städtischen Gebäude, wenn wirtschaftlich tragbar“ – Gebäudestandard 2011 – sind energiepolitische Bremsklötze und deshalb aus Leitlinien und Perspektiven zu entfernen. Der energiepolitische Umbau ist nicht gratis zu haben. Darum muss mit aller Kraft in die atomenergiefreie Zukunft investiert werden.

Vor diesem Hintergrund scheint Uster eher an Ort zu treten und befindet sich deshalb noch im energiepolitischen Gruppetto. Und darum sage ich „und sie bewegt sich doch“ nur hinter vorgehaltener Hand!

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 31: 0 Stimmen**

dem Bericht des Stadtrates zuzustimmen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

**9 Motion Nr. 545 der Ratsmitglieder Simone Michel und Ursula Räuftlin
betreffend Konkrete Schritte und Massnahmen zum Artikel 1 der
Gemeindeordnung der Stadt Uster, Nachhaltigkeitsartikel**

Es referiert **Ursula Räuftlin**.

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Am 27. Nov. 2011 haben die Stimmbürger den Gegenvorschlag zur Initiative „Umweltschutz konkret“ angenommen. Die Initiative der Grünen erreichte mit einem Ja-Stimmenanteil von 47.3% einen Achtungserfolg.

Mit der Annahme des Gegenvorschlags wurde zwar kein verbindlicher Zielwert für die Reduktion des CO₂-Ausstosses festgelegt und auch der Begriff der 2000-Watt-Gesellschaft hat es nicht in die Gemeindeordnung geschafft. Mit der Annahme des Gegenvorschlags wurde der Art. 1 Abs. 4 in die Gemeindeordnung der Stadt Uster aufgenommen, in dem sich die Stadt zu folgendem verpflichtet:

- sparsamer Umgang mit Primärenergien*
- kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauches pro Kopf, insbesondere von nicht erneuerbaren Energien*
- kontinuierliche Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Kopf*
- Förderung der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energiequellen.*

Der neue Artikel in der Gemeindeordnung verpflichtet also die Gemeinde, Massnahmen zu ergreifen, um diese Ziele zu erreichen. Die Stadt Uster ist seit dem Jahr 2000 Energiestadt und beabsichtigt, noch in diesem Jahr beim Re-Audit das Label Gold zu erlangen. Für das Label Energiestadt wird als Orientierungshilfe ein Wert von zwei Tonnen CO₂ pro Person und von 3500 Watt pro Person im Jahr 2050 angegeben. Mit der Annahme des Gegenvorschlags und dem hohen Ja-Stimmenanteil der Initiative verlang meines Erachtens die Bevölkerung von Uster strengere Vorgaben, als das Label Energiestadt vorgibt. Zudem ist ja noch nicht mal sicher, dass Uster wirklich auf dem Weg zum Gold-Standard ist. In der vorliegenden Motion verlangen wir deshalb zum Einen die verbindliche Vorgabe der Reduktionsziele für den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss. Damit diese Ziele erreicht werden können, sind weitergehende Massnahmen von Seiten der Stadt notwendig, die uns der Stadtrat aufzeigen soll. Und damit die Erreichung der festzulegenden Ziele durch den Gemeinderat kontrolliert werden kann, wird der Stadtrat beauftragt, dem Gemeinderat regelmässig Bericht zu erstatten.

Die GLP-EVP-CVP-Fraktion unterstützt die Motion, ist aber auch bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen. Stadtrat Thomas Kübler führt aus, dass er nicht bereit ist dazu. Zur Begründung führt er aus, dass ähnliche Zielsetzungen verfolgt werden wie im kommunalen Energieplan. Es werden beispielsweise Teilbereiche der Wärmeversorgung analysiert und ermittelt. Entwicklungsprognosen und -ziele werden festgelegt, Massnahmen ergriffen. Dies wird alles im Energieplan festgelegt. Energiestadt GOLD werden wir nicht erreichen, aber wir werden Fortschritte machen und darüber kommunizieren. Die raumplanerische Entwicklungslage bietet eine breite Palette an Gebieten im energetischen Bereich, die einer Kontrolle unterzogen werden. Intern müssten für die Umsetzung der Forderungen in diesem Vorstoss 30 bis 50 Stellenprozente mehr geschaffen werden. Diese Arbeiten extern zu vergeben, würde erhebliche Kosten generieren. Der Energieplan und ein Reaudit genügt vollends. Er bittet den Gemeinderat, die Motion nicht zu überweisen.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Stockholm. "In der von der EU ausgezeichneten ersten "Grünen Hauptstadt Europas" prangt sogar am Eingang von McDonald's ein grünes Zertifikat. Mit einem "Eco"-labelled Kaffee in der Hand geht es hinein ins "Eco"-Hotel mit dem "Eco-Supersolar"-Dach, mit "Eco"-Sauna und "Eco"-Toilettenpapier und "Eco"-Duschmittel im "Eco"-geprüften Hotelzimmer im Stadtteil Hammarby Sjöstad, der "Eco"-Welthauptstadt, dem Vorbild für Stadtplaner und Ökologen auf der ganzen Welt." Und weiter führt das TA-Magazin aus: "Der Durchschnittsschwede ist etwa so grün wie der hiesige SVP-Fuhrunternehmer Ulrich Giezendanner. Und es ist nicht so, dass man in Hammarby ausschliesslich auf dauerjoggende Bastien-Girod-Übermenschen trifft. 'Was Du in erster Linie tun musst, um nachhaltig zu leben, ist: nach Hammarby ziehen' sagt die Stabsleiterin des Projekts. 'Den Rest besorgen unsere Stadtplaner.'"

Das möchte die Grünen auch von Uster sagen können. Ziehe nach Uster um und Du kannst nachhaltig leben, den Rest besorgen unsere Stadtplaner!

Nun, ich habe schon bei der Diskussion über die Postulatsantwort 520 meinem grundsätzlichen Eindruck betreffend der Ustermer Energiepolitik Ausdruck verliehen. Über das Tempo einer Veränderung lässt sich immer trefflich streiten. Worüber wir aber nicht mehr streiten sollten, ist, was uns das Volk als energiepolitischen Auftrag in die Gemeindeordnung geschrieben hat: die kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstosses sowie die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Der energiepolitische Umbau ist langwierig. In Stockholm brauchte es fast 20 Jahre um den heutigen Stand zu erreichen. Den Anfang bildete die Vision einer ökologischen Stadt – dann folgte die Umsetzung eines terminierten Massnahmenplans.

Mit Artikel 1 in der Gemeindeordnung haben wir ebenfalls eine Vision formuliert. Jetzt gilt es umgehend Nägel mit Köpfen zu machen. Eine Planung auf 20, 30 ja 40 Jahre hinaus, die alle Lebensbereiche umfasst, muss in die Wege geleitet werden. Mit dem einen Ziel: unserer Nachwelt eine möglichst intakte Umwelt zu hinterlassen!

Darum benötigen wir einen umweltpolitischen Masterplan, darum müssen verbindliche Meilensteine definiert werden und darum muss auch regelmässig evaluiert werden, wie die gesteckten Ziele erreicht worden sind. Darum bitten wir Sie, die Motion zu unterstützen.

Damit wir sobald als möglich sagen können: Komm nach Uster, dort lässt sich's nachhaltig leben!

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und bittet um die Umwandlung der Motion in ein Postulat, da – wie vom Stadtrat ausgeführt – viele Dinge schon am Laufen sind.

Der Vorsitzende stellt die Frage an die Motionärin, ob sie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist. Die Motionärin Ursula Räuftlin ist damit einverstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 16 : 16 Stimmen (Stichentscheid Präsident)

das Postulat wird unterstützt.

**6 Antrag des Stadtrates betreffend Neugestaltung Stadtpark
Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 130/2012)**

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gabi Seiler**.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem vorliegenden Antrag beantragt der Stadtrat die Bauabrechnung für die Neugestaltung des Stadtparkes über einen Betrag von CHF 2'269'558.15 inkl. MWST.

Der Kredit über CHF 2,49 Mio wurde mit Beschluss Nr. 59 im Feb. 2007 vom GR bewilligt.

Baubeginn war im Jan. 2008, Bauvollendung im Dezember 2009, dazwischen fand am 18.10.2008 die Einweihung des Parkes statt.

Die vorliegende Endabrechnung unterschreitet den bewilligten Kreditrahmen um CHF 220'441.85 oder 8.85 %, die Hauptgründe sind im Antrag aufgeführt betreffen im Wesentlichen folgende Punkte:

- Vorbereitungsarbeiten: Rodung und Abbruch WC Anlagen rund 94'000 unter Budget*
- Baunebenkosten: Einsparungen aufgrund tieferer Bausumme bei Position Ingenieur / Wasserbau und Landschaftsarchitekt je rund CHF 25'000*
- Baunebenkosten: im seinerzeitigen Kreditantrag waren Kosten in der Höhe von CHF 35'000 für einen bereits abgerechneten Studienauftrag aus dem Jahre 2000 nochmals enthalten war, anlässlich der RPK Sitzung vom 27.8.2012 konnte nicht mehr eruiert werden, was dieser Studienauftrag genau beinhaltet hat, wir haben auf eine weitergehende Prüfung dieses Punktes verzichtet.*

Bauabrechnung als Solches:

Positiv fand ich die Unterlagen bezüglich Arbeitsvergaben. Da für uns so übersichtlich und nachvollziehbar war, wo Direktvergaben erfolgt sind und wo die Entscheide nach Einladungsverfahren erfolgt sind. Wünschenswert aus meiner Sicht wäre, wenn diese Informationen immer in den Unterlagen vorzufinden wären.

Nicht kontrollieren konnte ich, ob die Belege durch die zuständigen Personen kontiert und visiert wurden, insbesondere auch, da die ersten Rechnungen aus dem Jahre 2006 stammten.

Grundsätzlich waren aber alle Belege visiert und korrekt. Zu den einzelnen Rechnungen möchte ich zu zweien aus dem Jahr 2008 noch eine Bemerkung machen:

Rechnung Parkmöbel über CHF 4'679.50 PCT Bressani dd. vom 16.10.2008, div. Handschriftliche Korrekturen auf Rechnung, Eingangsstempel Stadt 20.11.2008, folglich konnte kein Skontoabzug mehr getätigt werden.

Rechnung 16293 über CHF 124.20 wurde 2 x verbucht, ob die Zahlung auch tatsächlich 2 x vergütet wurde und/oder eine Rückvergütung seitens des Begünstigten stattgefunden hat, ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Anlässlich der PRK Sitzung wurde beschlossen angesichts des geringen Betrages auf eine weitergehende Prüfung zu verzichten.

Die RPK hat die Rechnung an ihrer Sitzung vom 27.8.2012 einstimmig (8:0) gutgeheissen und empfiehlt dem GR die Abrechnung ebenfalls zu genehmigen.

Walter Meier

Sehr geehrter Präsident

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wenn der Gemeinderat eine Bauabrechnung behandelt, ist die Folge, dass der Kredit bei der nächsten Verpflichtungskreditkontrolle (ein Teil der Jahresrechnung) nicht mehr erscheint. Das ist der verwaltungstechnische Teil.

Die Abstimmung über die Bauabrechnung gibt dem Gemeinderat aber auch die Gelegenheit, darüber zu diskutieren, ob die Ziele, die man mit der Bewilligung des Kredits gesteckt hat, auch erreicht hat.

Aus Sicht der GLP/EVP/CVP-Fraktion hat der Stadtpark durch die Umgestaltung gewonnen. Dank Stadtpark-Café und der Sanierung des Platzes zwischen Schulhaus Pünt und Landihalle ist ein Grüngürtel am Wasser entstanden, in dem man gerne verweilt, weil man nicht anders wohin muss, wenn kulinarische Bedürfnisse anstehen. Selbst im Winter bietet der weisse Landschaft mit gefrorenem Weiher allerlei Argumente für einen Familienausflug.

Wir danken dem Stadtrat für die gelungene Umsetzung und hoffen, dass die attraktive Landschaft der Ustermer Bevölkerung noch lange zur Verfügung steht.

Walter Meier, GR

Ivo Koller

Sehr geehrter Herr Präsident,

geschätzte Anwesende

Über Positives wird hier im Rat ja eher weniger gesprochen. Nun bietet der Stadtpark dazu gleich Gelegenheit in zwei Punkten, auch wenn nun der vorliegende Antrag selber reichlich spät nach Bauvollendung traktandiert wird.

Einerseits ist der positive Rechnungsabschluss zu würdigen. Immerhin wurden Fr. 220'000.- weniger für den Bau benötigt.

Andererseits ist das gelungene Endprodukt zu erwähnen. Der Stadtpark kommt gut an, er gefällt nicht nur mir, sondern vielen Usternern. Was früher ein ziemlich „schäbiger“ Fleck war, ist heute bei schönem Wetter ein pulsierender Ort, der zum Verweilen einlädt. Genau so positiv wird und muss sich Uster noch an vielen Punkten verändern.

Besten Dank.

Ivo Koller, Gemeinderat jfu

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 1. Die Bauabrechnung betreffend Neugestaltung des Stadtparkes im Betrag von Fr. 2'269'558.15 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**7 Interpellation Nr. 544 des Ratsmitgliedes Ivo Koller betreffend
Diskussion über die Nutzung der Villa am Aabach**

Der Interpellant referiert.

Sehr geehrter Herr Präsident, Geschätzte Anwesende

Stadtrat Kübler sagte bei der letzten Debatte um die Villa am Aabach, dass das „Ei des Kolumbus“ bezüglich der Villa noch nicht gefunden wurde. Gemäss Wikipedia beschreibt die Redensart eine verblüffend einfache Lösung für ein unlösbar scheinendes Problem.

Eine einfache Lösung für die Villa wird's wohl nicht geben aber so unlösbar scheint das Problem nicht wirklich zu sein. Es macht viel mehr den Eindruck, dass durch die zuständige Abteilung jeweils nur halbherzig an einer wirklichen Problemlösung gearbeitet wurde oder man mit dem status quo zufrieden ist.

Nach nun mehrjährigem Stillstand gilt es nun endlich einen Schritt vorwärts zu machen.

Besten Dank.

Ivo Koller, Gemeinderat jfu

Der Vorsitzende erläutert das Prozedere. Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder. Über die Begründung des erstunterzeichnenden Ratsmitglied findet keine Diskussion statt. Die zuständige Behörde hat sofort mündlich oder nach drei Monaten seit der Begründung schriftlich, die verlangte Auskunft zu geben oder unter Angabe der Gründe eine Antwort zur Zeit oder überhaupt abzulehnen. (Art. 47a Abs. 1 und 2 GeschO)

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

Die Interpellation wird mit 20 Stimmen unterstützt.

Die Interpellation findet damit die nötigen 20 Stimmen und wird überwiesen.

Stadtrat Werner Egli führt auf Anfrage durch den Vorsitzenden aus, dass man mündlich auf die Interpellation antwortet.

Die Abteilung Finanzen, GF Liegenschaften, wurde mit Beschluss Nr. 149 vom 08.05.2012 ersucht, bis zur Stadtratssitzung vom 29. Mai 2012 Stellung zu nehmen, ob die Interpellation sofort mündlich oder schriftlich innert drei Monaten seit der Begründung in der Überweisungsdebatte beantwortet werden soll. Die Abteilung Bau wurde um Mitbericht gebeten.

Ausgangslage

Die Abteilung Bau ist in der Planungsphase, den Aussenbereich des Parkareals neu zu gestalten. Im 2013 werden dem Gemeinderat entsprechende Resultate «Gestaltungsplan / Neugestaltung

Parkareal» unterbreitet. Damit die Interessen der Stadt Uster als Grundeigentümerin sowie die Schnittstelle der zukünftigen Nutzung koordiniert werden können, wird der Leiter GF Liegenschaften als Grundeigentümergevertreter in dieses Projekt miteinbezogen.

Die Abteilung Finanzen hat bereits im 2008 in einer publizierten Umfrage die Bevölkerung aufgefordert, Ideen und Vorschläge zu einer Neunutzung der Villa am Aabach einzureichen. Der Stadtrat genehmigte im 2009 eine Zwischennutzung, welche vor allem «öffentliche Nutzungen» zulässt. Zur Zeit wird die Liegenschaft für verschiedenste Anlässe vermietet – so lange, bis das Projekt «Gebietsentwicklung Park am Aabach» konkrete Formen angenommen hat. Indem der Planungsstand der Abteilung Bau nun vorliegt, macht es Sinn, parallel zur Neugestaltung des Aussenbereiches auch die zukünftige Nutzung im Innenbereich auszuarbeiten.

Stellungnahme

zu Frage 1 *Wie weit ist der Gestaltungsplan zum Park am Aabach fortgeschritten?*

An der Sitzung vom 13. Februar 2012 hat der Gemeinderat Uster vom Synthesebericht des durchgeführten Studienauftrages mit 33:1 zustimmend Kenntnis genommen und den Stadtrat beauftragt:

- a) einen öffentlichen Gestaltungsplan über das Gebiet Hinterwisen/Park am Aabach und*
- b) ein Vorprojekt für die Neugestaltung des Parkareals*

zu erstellen und dem Gemeinderat zur Festsetzung zu unterbreiten. Der Interpellant bezeichnet den Bericht als 45-seitiges Bilderbuch mit neunmalklugen Sätzen. Der Beschluss des Gemeinderates ist seit 29. März 2012 in Rechtskraft.

Zwei Wochen nach Rechtskraft des Gemeinderatsbeschlusses hat der Stadtrat an der Sitzung vom 17. April 2012 den Kredit für die Ausarbeitung des Gestaltungsplanes und für das Vorprojekt Park und Dorfbadi genehmigt und dem Siegerteam die entsprechenden Aufträge erteilt. Der Nutzungsentscheid betreffend Villa kann nicht die Aufgabe von Architektenteams sein, sondern ist eine edle Bauherrenaufgabe, welche man nicht delegieren kann.

zu Frage 2 *Gibt es neue Ideen bezüglich der Nutzung der Villa am Aabach?*

Im Moment gibt es keine neuen Ideen zur Nutzung der Villa am Aabach. Es besteht heute eine Zwischennutzung mit hauptsächlich öffentlichem Charakter (Seminare, Geburtstags- und Hochzeitsfeiern, Apéros, Firmenessen, Präsentationen, Versammlungen, Sitzungen, Coachings, Sprachkurse, etc.).

Die Abteilung Finanzen wird parallel zur Planung «Aussenbereich des Parkareals» ein Konzept für den Innenbereich erstellen – koordiniert mit den Abteilungen Bau und Gesundheit. Dieses beruht auf dem Synthesebericht, der besagt, dass die Räumlichkeiten als «öffentliche Nutzung» bewirtschaftet werden sollten.

zu Frage 3 *Ist der Stadtrat bereit, einen runden Tisch mit interessierten Kreisen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft einzuberufen, bei welchem die Nutzung der Villa am Aabach thematisiert wird?*

Da die Räumlichkeiten auch in Zukunft durch «öffentliche Nutzungen» belegt werden sollten, wird in einem ersten Schritt geprüft, diese durch die Stadt Uster selber zu belegen, z.B. als Präsentationsräume, für Empfänge, als Trauungszimmer oder Ähnliches.

Ein «runder Tisch» wird bei Bedarf miteinbezogen.

zu Frage 4 *Welches sind im Park am Aabach die weiteren Etappenziele resp. wie sieht der weitere Zeitplan aus?*

Die Etappenziele hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 13. Februar 2012 gesetzt:

- a) öffentlicher Gestaltungsplan über das Gebiet Hinterwisen/Park am Aabach, und*
- b) Vorprojekt für die Neugestaltung des Parkareals*

Der Stadtrat geht davon aus, dass dem Gemeinderat im Jahr 2013 entsprechende Resultate unterbreitet werden können.

Ivo Koller ergreift nochmals das Wort. Die entscheidende Frage ist in Frage 3 enthalten, nämlich die Schaffung eines runden Tisches, damit auch Leute aus der Kultur und Wirtschaft an der Diskussion teilnehmen können. Dies ist bislang nicht geschehen. Es wäre eine viel grössere Abstützung für das zukünftige Geschäft.

Stadtrat Werner Egli erinnert daran, dass am 8. Dezember 2009 der Gemeinderat den Stadtrat damit beauftragt hat, eine Gebietsentwicklung einzuleiten und diese muss umgesetzt werden. Die Villa ist teil dieser Gebietsentwicklung. 2008 wurde einmal ein runder Tisch einberufen und sich in der Zwischenzeit für eine Zwischennutzung entschieden. Der entsprechende Bericht wurde ja von Gemeinderat gutgeheissen. Es kann jetzt nicht davon ausgegangen werden, dass nichts gemacht wurde. Nun muss auf den Gestaltungsplan gewartet werden, hierbei ist die Villa ja ein Bestandteil. Und der Gemeinderat entscheidet schlussendlich über das Projekt.

Balthasar Thalmann meint, dass die SP-Fraktion es bedauert, dass die Villa nicht mehr kulturell genutzt wird. Aber es ist richtig, dass man sich Zeit lässt, was mit der Villa geschehen soll. Es ist für die SP klar, dass keine private Nutzung oder auch kein Trauzimmer in Frage kommen. Sie soll für Kultur zur Verfügung stehen, sie soll ein öffentlicher Begegnungsort sein.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**8 Antrag des Stadtrates betreffend Zweckverband Spital Uster
Ersatzwahl eines Delegierten für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
(Antrag Nr. 134/2012)**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Julia Amherd**. Sie führt aus, dass sich die Kommission Soziales und Gesundheit in einer Zirkularabstimmung einstimmig für den Antrag des Stadtrates ausgesprochen hat.

Thomas Wüthrich

Geschätzte Anwesende

Ich weiss ja nicht, wer den Antrag formuliert hat. Aber bitte verschonen Sie uns in Zukunft doch vor so belanglosen Angaben zur Person, die zur Wahl steht. Ich finde es peinlich für uns Gemeinderäte, aber in diesem Fall vor allem auch für Claudia Bekier, die sicher andere Qualitäten hat, als dass ihr Vater im Spital gearbeitet hat. Und nähme man solche Qualifikationen wirklich ernst, dann wäre sowieso ich der ideale Kandidat für dieses Mandat – ich bin nämlich im Spital Uster geboren ..."

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

- 1. Als Ersatz für den ausscheidenden Delegierten der Stadt Uster im Zweckverband Spital Uster (Herr Edgar Hirt) wird für den Rest der Amtsdauer 2010/2014 gewählt:**

– Frau Claudia Bekier, Florastrasse 39, 8610 Uster, SVP

- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Postulat Nr. 546 der Ratsmitglieder Ursula Räubtlin und Wolfgang Harder betreffend Kinderfreundliche Gemeinde

Für die Postulanten referiert **Ursi Räubtlin**.

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Die Stadt Uster betont in ihrer Präsentation auf der Homepage ihre familien- und kinderfreundlichen Strukturen. Uster hat tatsächlich viel zu bieten und verfügt über ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche. Zu erwähnen sind insbesondere der Holzwurm, das Spielmobil, die familienergänzenden Betreuungen im Vorschulbereich und die Tagesstrukturen an den Schulen, den Jugendbeauftragten, das frjz, die Open Sundays und das Midnight Basketball in den Sporthallen und ein breites Angebot an Sportvereinen. Dieses breite Angebot trägt bei Familien massgeblich dazu bei, dass sie Uster als Wohnort wählen und sich hier wohlfühlen. Die Kinderfreundlichkeit einer Gemeinde trägt massgeblich zu einer positiven Ausstrahlungskraft einer Gemeinde bei.

Kinderfreundlichkeit zeigt sich darin, wie Kinderrechte in Verwaltung und Politik, Schule, Familienergänzender Betreuung, Kinder- und Jugendschutz, Gesundheit, Freizeit und Wohnumfeld umgesetzt werden. Die altersgerechte Information der Kinder, der Einbezug ihrer Sicht in Plan- und Entscheidungsprozessen und die Förderung von Mitgestaltungsmöglichkeiten tragen zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit bei. Die Initiative der UNICEF „Kinderfreundliche Gemeinde“ ermöglicht es Gemeinden, eine Standortbestimmung zu diesem Thema durchzuführen. Diese Standortbestimmung ist ein objektives Messinstrument, welches die effektiven Bemühungen Usters aufzeigen und auf allfällige Defizite hinweisen kann.

Einige Beispiele zu solchen Bemühungen und auch Defiziten:

- Die Schulwegsicherheit konnte in der Vergangenheit in der Nähe der Schulhäuser bereits verbessert werden. Viele längere Verkehrswege sind aber für Schüler und velofahrende Kinder immer noch äusserst gefährlich.*
- Die Schulhorte sind ein Erfolg und verzeichnen einen grossen Zulauf. Allerdings bieten sie keine Morgenbetreuung mehr an, so dass Kinder morgens unbetreut sind und als sogenannte Schlüsselkinder in die Schule gehen müssen.*
- Einige Sportvereine spielen in Uster auf hohem nationalem Niveau. Allerdings sind mangels Trainer und Trainingsorten für den jungen Nachwuchs Wartezeiten von über einem Jahr nichts Ungewöhnliches in Uster.*
- Etlichen Vereinen fehlen Vorstandsmitglieder und Helfer, so dass sie in ihrem Weiterbestand gefährdet sind.*

Ein gutes Rating in dieser Standortbestimmung könnte am Ende ein Anreiz zur leichten Erreichung des UNICEF-Labels sein. Der Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde ist nicht das primäre Ziel des Vorstosses. Wir finden aber den ersten Schritt zur Erlangung dieses Labels der UNICEF, nämlich die Standortbestimmung, eine gute Grundlage für das Erarbeiten weiterer Massnahmen. Nach der Standortbestimmung verfügt die Stadt Uster über eine umfangreiche Auslegeordnung, die aufzeigt, in welchen Bereichen sie gut dasteht und wo noch Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse der Standortbestimmung kann die Stadt gezielt in weitere Planungen einfliessen lassen und in der Folge davon die Entwicklung und Umsetzung ausgewählter Massnahmen und Projekte auslösen und damit dem gesetzten Ziel der Kinderfreundlichkeit mehr Glaubwürdigkeit verleihen.

Ich bitte Euch darum, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen ernst zu nehmen und dieses Postulat als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer kinderfreundlicheren Stadt zu unterstützen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Der Stadtrat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen, so erläutert **Stadträtin Barbara Thalmann**.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Unsere Fraktion ist überzeugt, dass wir in einer ausserordentlich kinderfreundlichen Stadt wohnen! Ich möchte hier nur die wichtigsten Angebote in Erinnerung rufen, die meisten davon haben die Postulanten schon lobend in Ihrem Schreiben erwähnt:

*Gut ausgebautes Angebot an Krippen- und Hortplätzen, Spielplätze in den Quartieren und auf den Schularealen, Sportplätze, den Holzwurm, ein Jugendhaus, Spielmobil, einen Jugendbeauftragten, sehr aktive Vereine, welche die Jugend fördern, eine gute Schule usw. Um eine objektive Betrachtung von aussen, sprich von der UNICEF zu erhalten, wollen wir kein Geld investieren. Expertisen von aussen machen zu lassen ist überflüssig. Dieses Geld investieren wir sinnvoller **direkt** für unsere Kinder! Der „Labelitis“ wollen wir Einhalt gebieten, diese bringen uns ausser Bürokratieaufwand und Kosten keinen Mehrwert.
Die FDP/JFU lehnt dieses Postulat ab.*

Marianne Siegrist Gemeinderätin FDP

Wermatswil, 3. Sept. 2012

Markus Wanner

Ist Uster heute schon kinderfreundlich? Braucht es ein neues Label?

In Uster leben 6'800 Kinder und Jugendliche, das sind rund 50 % mehr als z.B. die Personengruppe über 65 Jahre. Auch der Familienanteil ist hoch, in 33 % aller Haushalte leben Kindern. In der Stadt Luzern z.B., das vor allem letztes Jahr immer wieder für Vergleich herangezogen wurde, leben nur in 24 % alle Haushalte Kindern. Uster hat 25 Spielplätze, darunter der schweizweitbekannte Holzwurm. Frjz ist ebenfalls sehr bekannt, ist innovativ, z.B. mit dem neuen Ladenkonzept an der Freiestrasse. Uster hat für Kinder und Jugendliche eine eigene Webseite, „gross-rauskommen-in-uster“. Und seit 2007 gibt es ein Konzept zur Jugendpolitik, auch eine Fachstelle Jugend.

Und trotzdem glauben wir wäre es sehr interessant zu wissen, wie Uster betr. Kinderfreundlichkeit im Vergleich zu anderen Gemeinden steht, und da können einheitliche Messkriterien wie diejenigen der UNICEF für einen Vergleich helfen. Denn „kinderfreundlich“ ist wie „Sicherheit“ etwas Gefühls, etwas Subjektives, man kann es nicht leicht messen. Das Label UNICEF Kinderfreundliche Stadt prüft 7 Bereiche: Verwaltung, Bildung, Familien- und Schuler ergänzende Betreuung, Kinder- und Jugendschutz, Gesundheit, Freizeit sowie Wohnen, Wohnumfeld und Verkehr. Es ist also breit abgestützt.

Im Positionspapier der SP Uster haben wir zum Thema „Uster für Jugendliche“ folgende Punkte aufgenommen: Eine Stimme für die Jugend im Stadthaus, z.B. mit einem Kinder- und Jugendparlament. Die Politik hat die Tendenz, über die Köpfe der Jugendlichen hinweg zu entscheiden. Dabei wissen Jugendliche selber am besten, was sie brauchen. Der Dialog der Stadt Uster mit den Jugendlichen ist deshalb auszubauen, die Partizipation der Jugendlichen zu stärken. Mit den Jugendkonzept, der Jugendkommission und dem Jugenddelegierten ist ein erster Anfang gemacht. Nun gilt es, diese Arbeit konsequent umzusetzen und die Wünsche der Jugend aktiv aufzunehmen.

Im Postulat wird erwähnt, dass Kinder und Jugendliche zu wenig in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Das entspricht genau unserem Positionspapier. Die Antwort des Postulates wird zeigen, ob dann wirklich auch das Label Kinderfreundliche Stadt anzustreben ist.

Wir von der SP-Fraktion unterstützen deshalb das Postulat

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 : 16 Stimmen

das Postulat nicht zu überweisen.

11 Antrag des Stadtrates betreffend Kredit Beschaffung Hubsteiger Feuerwehr (Antrag Nr. 1449)

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und Rechnungsprüfungskommission referiert Markus Wanner.

Guten Tag geschätzte Anwesende

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat an ihrer Sitzung vom 20. August 2012 das Geschäft 135 Antrag des Stadtrates betreffend Kredit Beschaffung Hubsteiger Feuerwehr behandelt. Anwesend waren Stadtrat Hans Streit, der Abteilungsleiter Sicherheit Jürg Ganster und der Kommandant des Bevölkerungsschutzes, Sascha Zollinger

Die Ausgangslage ist klar: Die Feuerwehr Uster besitzt für Rettungs- und Löscheinsätze ab einer Höhe von 13 Metern kein geeignetes Rettungsgerät. Zusätzlich kommt noch dazu, dass durch das verdichtete Bauen immer häufiger die heute im Einsatz stehende Autodrehleiter nicht eingesetzt werden kann, da diese mit 5,2 m breite nicht zwischen den Gebäuden hindurch kommt, und mit einem Gewicht von über 14 Tonnen zu schwer ist, um z.B. über einer Tiefgarage in den Einsatz zu kommen.

Mit einem neuen Fahrzeug sollen folgende Bedürfnisse abgedeckt werden:

- *Rettungshöhe: diese wird mit einem Hubsteiger von heute 13 Metern auf neu 25 Meter erhöht*
- *Zufahrtswege: das neue Fahrzeug hat eine Abstützbreite von 2.3 Meter im Vergleich zum heutigen Fahrzeug mit 5,2 Meter und kann somit auch schmale Wege befahren*
- *mit 9 Tonnen Gewicht ist es rund 5 Tonnen leichter als die Autodrehleiter und lässt sich somit auch auf Vorplätze und Tiefgaragendecken befahren*
- *Bei Unterstützungseinsätzen zugunsten des Rettungsdienstes muss oftmals eine Horizontalbergung durchgeführt werden, da schwere Patienten in engen Treppenhäusern nicht mit der Bahre transportiert werden können. Mit dem Hubsteiger ist dies nun möglich.*

Die Submission hat ergeben, dass das Angebot aus Kloten das beste Preis-/Leistungsverhältnis bietet. Die jährlichen Unterhaltskosten werden mit CHF 4'000.- angegeben, welche durch Verrechnung von Einsatzstunden gedeckt werden.

Der einzige Schönheitsfehler ist, dass die Gebäudeversicherung des Kantons Zürich, die GVZ, nichts an dieses Fahrzeug bezahlt. Das ist unüblich. Die Feuerwehr Uster ist eine Stützpunkt-Feuerwehr, diese wird durch die GVZ finanziert. Die GVZ findet aber, dass dieses Fahrzeug nicht zwingend nötig sei, da die Feuerwehren Wetzikon und Maur über ein ähnliches Fahrzeug verfügen. Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar, vor allem wenn man bedenkt, dass es bis zu 30 Minuten dauern kann, bis ein solches Fahrzeug am Unfallort in Uster eintrifft.

In der RPK, sie behandelte das Geschäft am 27. August 2012, wurde nebst den oben erwähnten Punkten noch über die Abschreibung eines solchen Fahrzeuges diskutiert. Im Antrag selber werden keine Abschreibungen aufgeführt. Da es sich um eine Investition handelt, müsste das Fahrzeug mit den üblichen Abschreibungssätzen abgeschrieben werden und dies im Antrag auch aufgeführt werden.

Die Kommission für öffentliche Sicherheit und Dienste sowie die RPK haben dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Hans Streit ergreift das Wort. Er führt aus, dass es sich hier um eine wichtige Anschaffung für die Feuerwehr Uster handelt. Die Rettungseinsätze haben jetzt nur ein Handgerät zur Verfügung, das ist sehr aufwändig und personalintensiv. Die Feuerwehr braucht aber Mittel, damit effizient gearbeitet werden kann. Die Investition wurde bereits einige Jahre vor sich hergeschoben, umso wichtiger ist es, dass nun das Gerät angeschafft werden kann.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

- 1. Für die Beschaffung eines Hubsteigers wird ein Kredit von Fr. 318'212.30 bewilligt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

12 Postulat Nr. 547 der Ratsmitglieder Balthasar Thalmann, Jean-François Rossier, Cla Famos, Ursula Räuftlin und Markus Bürki betreffend Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung

Für die Postulanten referiert **Balthasar Thalmann**.

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Ich darf hier einen Vorstoß begründen, den alle fünf Gemeinderatsfraktionen gemeinsam eingereicht haben. Dieser Schulterschluss ist alles andere als selbstverständlich. Umso mehr freue ich mich darüber.

Wir sind der Meinung, dass die heutige Situation im Ustermer Zentrum verändert werden muss. Wir möchten, dass das heutige Flickwerk zu einem attraktiven, urbanen Zentrum wird. Das städtebauliche Potenzial ist nämlich riesig. Die Testplanung Zentrum Uster des Stadtrates und die vom Wirtschaftsforum in Auftrag gegebene Projektarbeit „Ein attraktives Zentrum für Uster“ haben die städtebaulichen Möglichkeiten aufgezeigt. Aber nur wenn die verschiedenen Akteure an einem Strick ziehen, können die aufgezeigten Pläne realisiert werden. Und ein wichtiger Akteur ist die Politik.

Einen wichtigen Entscheid haben wir in Sachen Zentrumsplanung im Frühjahr gefällt, als wir ohne Gegenstimme entschieden haben, dass der neue Stadthofsaal auf dem Zeughausareal realisiert werden soll. Der Entscheid war das Resultat einer intensiv geführten Diskussion. Ohne diese Diskussion wäre das Zusammenspannen für dieses Postulat nicht möglich gewesen. Wir Gemeinderatsfraktionen haben nämlich bei dieser Diskussion herausgefunden, dass wir in Sachen Zentrumsentwicklung sehr wohl einen gemeinsamen Nenner haben. Und diesen möchten wir nutzen, um einen Schritt vorwärts zu kommen.

Der Stadtrat wird diesem Postulat beauftragt, einen Vorgehensplan für die Realisierung eines attraktiven Zentrums zu erarbeiten.

Wir sind uns bewusst, dass wir den Stadtrat mit einem sehr komplexen Prozess beauftragen. Bei solch komplexen Prozessen ist es aber umso wichtiger, dass die Politik, die öffentliche Hand mit einer Stimme spricht und proaktiv ihre Anliegen formuliert.

Wir erwarten vom Stadtrat,

dass er sich Gedanken macht, was die öffentlichen Interessen sind, die im Zentrum zu sichern sind;

dass er das nötige unternimmt, um diese zu sichern; d.h. also auch, dass er sich Gedanken macht, ob es Maßnahmen braucht, damit ab heute nicht noch Sachen realisiert werden, die dem Ziel eines attraktiven Zentrums widersprechen würden;

dass er einen klaren Rahmen für die privaten Investoren definiert, dass also Rechts- und Planungssicherheit geschaffen wird, auch für etwas Größeres als heute steht;

dass er sich Gedanken macht, wie man die Bevölkerung über den Prozess informiert und auf geschickte Art und Weise einbezieht. Wir machen uns heute nämlich auf einen Weg, der zur Folge hat, dass die Identität des Ustermer Zentrum verändert wird;

und letztlich dass er sich Gedanken macht, wie eine Trägerschaft für diese Zentrumsentwicklung aufgebaut werden kann und wie die Grundeigentümer einbezogen werden können.

Und all diese Gedanken sind so zu bündeln, dass die einzelnen Schritte aufeinander abgestimmt sind.

Mit diesem Postulat unterstreichen die Gemeinderatsfraktionen die Wichtigkeit des anstehenden Prozesses. Dass dieser Prozess erfolgreich wird und Uster letztlich wirklich zu einem attraktiven Stadtzentrum kommt, braucht es eine starke Führung, gute Leute und genügend Ressourcen. Es

wäre unvorteilhaft, wenn Partikularinteressen das Ziel eines attraktiven Stadtzentrums gefährden könnten.

Es ist uns Gemeinderatsfraktionen auch klar, dass dieser Weg beschritten werden muss, unabhängig davon, wie die Abstimmung am 23. September über die Umsetzungsvorlage der Initiative „Für ein fussgängerfreundliches Zentrum“ ausfällt. Die einen sehen diese Vorlage als einen wichtigen Schritt für den heute eingeschlagenen Weg, die anderen erachten ihn als unnötig oder falsch. Die verschiedenen Argumente hören wir ja an der Podiumsdiskussion vom kommenden Donnerstag hier in diesem Saal.

Ich freue mich, dass wir heute einen Grundstein zur Veränderung des Ustermer Zentrums legen und dass wir heute ein gemeinsames Bekenntnis für ein attraktives Zentrum ablegen. Für die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung dieses Vorstoßes möchte ich mich bei meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bestens bedanken.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob dieser bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, so **Stadtrat Thomas Kübler**.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrter Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Mit der Ausschreibung des Städtebaulichen Studienauftrages im selektiven Verfahren für das Zeughausareal Uster, wurde nun im August 2012 der nächste Schritt des fünf-Phasen-Planes zur Entwicklung des Zeughausareals eingeläutet. Die Entwicklung auf dem Zeughausareal ist demnach am Laufen. Neben der Entwicklung auf dem Zeughausareal hat die Testplanung Zentrum Uster des Stadtrates als auch eine vom Wirtschaftsforum in Auftrag gegebene Projektarbeit «Ein attraktives Zentrum für Uster» das städtebauliche Potenzial des gesamten Zentrums eindrücklich aufgezeigt und ist an der Gemeinderatssitzung vom 16. April von allen Fraktionen positiv gewürdigt worden. Damit diese Planung nicht in Stocken gerät, sondern vorangetrieben werden kann, haben sich sämtliche Fraktionen des Gemeinderates zu einem gemeinsamen Vorstoss zusammengeschlossen.

Die Chance, die sich für die Entwicklung des Zentrums von Uster bietet muss wahrgenommen werden. Der Stadtrat wird damit aufgefordert, die nötigen Schritte für die Realisierung eines attraktiven Zentrums einzuleiten und die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Im Vordergrund stehen aus unserer Sicht die frühzeitige Sicherung der öffentlichen Interessen sowie aktive Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft. Wesentlich für die Zentrumsentwicklung von Uster ist aus Sicht unserer Fraktion die Erschliessung. Sowohl der fahrende wie auch der ruhende Verkehr müssen mittelfristig aus dem Stadtzentrum wegkommen, um das Zentrum zu beleben. Damit dies gelingen kann müssen diese Eckwerte, z.B. Bau von Parkhäusern, bei der Erarbeitung der privaten Gestaltungspläne bekannt sein und zwingend einfließen. Auch sollen keine zu kleinen Teilgebiete für Gestaltungspläne verwendet werden. Es ist von Seiten des Stadtrates darauf hinzuwirken, dass sich die Planung auf einige wenige zeitlich gestaffelte Teilgebiete beschränkt.

Wir von der GLP-EVP-CVP-Fraktion beauftragen den Stadtrat einen Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung zu erarbeiten und unterstützen das vorliegende Postulat.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

Das Postulat wird überwiesen.

**13 Postulat Nr. 550 der Ratsmitglieder Jürg Gösken und Simone Michel
betreffend Planungssperimeter Uster Zentrum**

Für die Postulanten referiert **Jürg Gösken**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Anwesende*

Zeitgleich und unabhängig zum soeben überwiesenen Postulat für einen Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung entwickelten Simone Michel und ich den nun zur Abstimmung gelangenden Vorstoss, welcher aus den vielen theoretisch denkbaren Vorgehenswegen einen gangbaren und konkreten Vorschlag aufzeigt.

Man kann diesen Vorschlag nun wahlweise als Teil des zuvor überwiesenen Postulats ansehen, welches bei der Beantwortung desselben ausdrücklich zu berücksichtigen sei. Man kann es aber auch als Ergänzung dazu verstehen, welche insbesondere für die unmittelbar anstehenden Projekte im bezeichneten Planungssperimeter I eine optimale und kurzfristig realisierbare Planungsgrundlage zu erreichen vermag, während die künftigen Planungssperimeter möglicherweise aufgrund des ersteren Postulats gut berücksichtigt werden können.

So oder so betrachtet, lässt sich das Postulat gut parallel beantworten und kann ergänzend oder zumindest bereichernd für die Sache, nämlich eine möglichst erfolgreiche Planungsgrundlage für ein optimal funktionierendes Zentrum, verstanden werden.

Zwei Beispiele illustrieren, dass Einzellösungen den hohen Anforderungen einer Zentrumsplanung nicht gerecht werden können:

- 1. Im Zentrum Nord war die Vision einstmals, dass eine Markthalle und eine Bibliothek integrierbar wären. Davon ist bekanntlich nichts geblieben, auch wenn die Stadtkasse im Planungsprozess viel Geld ausgegeben hatte. Aber schlimmer noch, die jetzige Situation im Kern Nord muss bezogen auf die Zentrumsfunktionen als unbefriedigend bezeichnet werden, respektive auch das Wirtschaftsforum bezeichnete diese unlängst als unattraktiv bis höchstens eingeschränkt attraktiv.*
- 2. Brandaktuell geht es wieder einmal ums fussgängerfreundliche Zentrum, welches seit Jahrzehnten im Gespräch und auch immer wieder gefordert wurde. Zur aktuellen Vorlage gehen die Meinungen hier im Rat bekanntlich auseinander. Dennoch scheint breiter Konsens darin zu bestehen, dass langfristig gar eine Fussgängerzone anzustreben sei, wenn denn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Zu diesen Rahmenbedingungen werden insbesondere die Kompensation von wegfallenden Zentrumsplatzplätzen und zusätzliche Kapazitäten von Parkhäusern genannt.*

Beide Beispiele zeigen auf, dass eine vernünftige Zentrumsplanung private Investoren und öffentliche Interessen ebenso in Einklang zu bringen haben, wie funktionierende Quartiere dank zusammenhängender Planung zu schaffen.

Das vorliegende Postulat möchte spezifisch dazu einen Beitrag leisten, indem zeitlich und örtlich zusammenhängende Teilgebiete des grossen Ganzen zu definieren sind und bestmöglich zu zeitnahen Entscheidungspaketen geschnürt werden, damit einzelne Massnahmen nicht nur für sich funktionieren, sondern im Verbund die Synergiepotentiale ausgeschöpft werden können. – Ich danke.

Jürg Gösken

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob dieser bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Der Stadtrat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen, so **Stadtrat Thomas Kübler**. Zur Begründung weist er darauf hin, dass dieses Postulat weitestgehend dem soeben überwiesenen entspricht. Und jenes ist fraktionsübergreifend.

Cla Famos

Sehr geehrter Gemeinderatspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Es freut die FDP/JFU-Fraktion sehr, dass hier einmal alle Fraktionen am gleichen Strick ziehen. Mit diesem Postulat wollen wir v.a. ein Zeichen nach aussen senden. Uster braucht einen geeinten politischen Willen, um die Entwicklung des Zentrums voranzubringen. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, einen eigentlichen Masterplan zu entwickeln. Wir sehen, dass der Stadtrat schon jetzt in diese Richtung geht. Das Postulat soll ihm dabei die nötige Unterstützung und den Rückhalt im Gespräch mit der Wirtschaft, der Bevölkerung und den Grundeigentümern geben.

Was es allerdings nicht braucht, sind weitere Einzelvorstösse wie den, welchen wir im nächsten Traktandum gleich behandeln werden. Deshalb werden wir – das kann ich hier auch schon sagen – das Postulat 550 nicht unterstützen. Es erwähnt eigenartigerweise das vorliegende gemeinsame Postulat mit keinem Wort, obwohl es ja später eingereicht wurde. Es ist nicht unsere Aufgabe, dem Stadtrat die Einteilung eines Perimeters vorzuschlagen. Dass es eine solche Aufteilung von Planungssperimetern geben kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Mit solchen Einzelvorstössen und Irrläufern kommen wir im Zentrum sicher nicht weiter.

Umso schöner, dass wir uns in diesem Traktandum alle zusammenraufen und uns für ein attraktives Zentrum einsetzen. Freuen wir uns über diesen Augenblick seltener Einigkeit!

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Patricio Frei

*Sehr geehrter Herr Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Ohne Stundenplan keine Schule; ohne dieses Postulat keine Zentrumsentwicklung – auf diesen einfachen Nenner kann man die Ausgangslage beim Zentrum Uster bringen.

Das soeben von Ihnen verabschiedete Postulat zur Zentrumsentwicklung war ja eine Grundsatzerklärung. Doch dazu braucht es eine Konkretisierung, eben dieses Postulat!

Mit dem Planungssperimeter bringt die Stadt Uster die Besitzerinnen und Besitzer der Liegenschaften in Zentrum an einen Tisch zusammen und arbeitet gemeinsam mit ihnen die weitere Entwicklung dieser bedeutenden Zone aus.

Was sind die Vorteile? Ein Perimeter gibt Planungssicherheit, gerade auch für Investorinnen und Investoren. Es erlaubt die Entwicklung des Zentrums gesamthaft zu betrachten – über die Grenzen jeder einzelnen Liegenschaft hinaus. Das Resultat ist ein umfassendes Konzept statt einer Pflästerlipolitik, wie wir sie aus der Vergangenheit leider nur zu gut kennen.

Also nochmals: Ohne Stundenplan keine Schule; ohne dieses Postulat keine Zentrumsentwicklung. Deshalb empfehlen die Grünen das Postulat zur Annahme.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Balthasar Thalmann

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat nicht.

Wir haben den Stadtrat gleich vorhin beauftragt, einen ziemlich komplexen Prozess zu starten und proaktiv dafür zu sorgen, dass das Ustermer Zentrum attraktiver wird. Das ist eine Aufgabe, die umsichtig an die Hand genommen werden soll.

Es wäre falsch, jetzt irgendwelche Prioritäten der Planungen vorzuschreiben. Einerseits würden wir so den zwingenden Blick auf das Ganze gefährden. Andererseits wissen wir heute auch nicht, wie die Perimeter geschickt abgegrenzt werden können und wie kooperativ sich die einzelnen Grundeigentümer zeigen. So ist ja durchaus denkbar, dass als erstes eine Überbauung mit einem neuen Grossverteiler auf dem Areal des Bezirksgebäude und der Widmer-Garage realisiert würde. Für das Ustermer Zentrum wäre dies zumindest sehr spannend. Dennoch würde eine parlamentarische Prioritätsvorgabe willkürlich erscheinen. Für uns ist wichtig, dass Sicherung der öffentlichen Räume an die Hand genommen wird, dass die Berchtoldstrasse und die Gerichtsstrasse umgestaltet wird und dass eine attraktive und logische Anbindung des Zeughausareals an den Bahnhof gefunden wird. All das sind Forderungen, die sich nicht an einen Perimeter binden lassen.

Der Stadtrat hat hierzu andere Wege aufzuzeigen und wurde von auch schon beauftragt, dies zu machen. Mehr braucht's nicht.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Jürg Gösken zieht das Postulat zurück.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**14 Postulat Nr. 548 des Ratsmitgliedes Marianne Siegrist betreffend
Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe
Uster**

Das Traktandum wird aus zeitlichen Gründen auf die Sitzung vom 24. September 2012 verschoben.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 24. September 2012 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Walter Strucken

Datum Die Stimmenzähler/in

Marianne Siegrist

Thomas Wüthrich

Bruno Modolo